



Ort des Schreckens: Ein Wachsoldat steht auf dem Gelände des geschlossenen Gefangenenlagers Camp X-Ray auf Guantánamo Bay

Foto: dpa

## Die Folterer haben wenig zu befürchten

Strafrechtliche Konsequenzen sind außerhalb der USA kaum vorstellbar

VON CHRISTOPH MEYER

STUTT GART. Nach der Veröffentlichung des Senatsberichts über die Foltermethoden des US-Geheimdienstes CIA fordern immer mehr Politiker und Menschenrechtsaktivisten strafrechtliche Konsequenzen. Sowohl an der Folter beteiligte Agenten als auch hochrangige Beamte und Politiker sollen zur Verantwortung gezogen werden, verlangt zum Beispiel Ben Emmerson, der UN-Sonderberichtsersteller für Menschenrechte.

Bislang sind US-amerikanische Strafverfolgungsbehörden untätig geblieben. Sollte sich das unter dem Eindruck des Senatsberichts nicht ändern, wäre eine Aufarbeitung grundsätzlich auch außerhalb der Vereinigten Staaten möglich – wenn auch unwahrscheinlich. Eine Übersicht:

### Internationales Strafgericht

Seit 2002 verhandelt der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag über besonders schwere Straftaten wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen. Beispielsweise verurteilte das Tribunal 2009 den kongolesischen Warlord Thomas Lubanga zu 14 Jahren Freiheitsstrafe wegen der Rekrutierung von Kindersoldaten. Die Folter der CIA-Gefangenen könnte sowohl als Verbrechen gegen die Menschlichkeit als auch als Kriegsverbrechen gelten.

Das Problem ist, dass die USA den Internationalen Strafgerichtshof nicht anerkennen. Einzige Möglichkeit, ein Verfahren zu eröffnen, wäre ein Beschluss des Weltrechtsrats der Vereinten Nationen. Doch auch dazu bedarf es der Zustimmung aller ständigen Mitglieder, also auch der USA.

### Weltrechtsprinzip

In einigen Ländern ist es möglich, Verbrechen, die unter das Völkerrecht fallen, auch dann zu verfolgen, wenn sie außerhalb des eigenen Territoriums von Ausländern begangen wurden. Auch in Deutschland ist das möglich.

2005 versuchte ein Berliner Anwalt, Ermittlungen gegen den damaligen amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und andere vor dem Oberlandesgericht Stuttgart zu erzwingen. Die Vorwürfe bezogen sich auf Misshandlungen im irakischen Gefängnis Abu Ghraib. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Richter gingen davon aus, dass die US-amerikanischen Strafverfolgungsbehörden den Vorwürfen nachgehen würden.

Würde tatsächlich Klage erhoben werden, könnte das zu diplomatischen Verstimmungen führen. Auch deswegen halten Experten wie der Tübinger Rechtsprofessor Jörg Eisele eine Verhandlung der Foltervorwürfe vor einem deutschen Gericht für unwahrscheinlich. Trotzdem wird immer wieder Anzeige erstattet.

### Tatort Europa

Am ehesten infrage kommt, dass ein Gericht in Europa über Vorwürfe verhandelt, die sich auf die Geheimgefängnisse auf eigenem Territorium beziehen. Anklage könnte gegen amerikanische Agenten erhoben werden, wenn man ihrer habhaft werden sollte, oder gegen europäische Beamte und Politiker, die das Treiben der CIA wissenschaftlich zuließen oder förderten.

# CIA-Folter mit europäischer Hilfe

US-Bericht über schwere Menschenrechtsverletzungen deckt Mitverantwortung von EU-Staaten auf

Der Schatten, den der Senatsbericht zur Folter auf den US-Geheimdienst CIA wirft, hat die EU längst eingeholt. Kommende Woche wird darüber in Straßburg debattiert. Das Interesse an der ehrlichen Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels ist eher gering.

VON DETLEF DREWES  
AUS BRÜSSEL

BRÜSSEL. Die Europäische Kommission gibt sich zurückhaltend. Der Bericht über Foltermethoden des US-Geheimdienstes CIA deckte wichtige Fragen zur Verletzung von Menschenrechten durch die US-Regierung auf, erklärte eine Sprecherin einen Tag nach dessen Veröffentlichung. Die Europäische Union verurteilt generell „alle Formen der Folter und Misshandlungen“. Und noch am Mittwoch, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, beherrschten Appelle gegen Folter und für die Wahrung der Menschenwürde die Stellungnahmen in der EU-Zentrale.

### In dem Senatsbericht ist von bewusster Unterstützung die Rede

Doch die Empörung über die Praktiken der US-Behörden ist unerschütterlich: EU-Staaten waren beteiligt, einige aktiv, andere waren schweigende Mitwisser. So enthält der Senatsbericht eine Vielzahl von Hinweisen und Andeutungen, mit denen eine erhebliche Mitverantwortung europäischer Regierungen entlarvt wird. Da ist nicht nur von Zuwendungen und Schweigegeld die Rede, sondern auch von bewusster Unterstützung. Es geht um Schilderungen wie diese, die ein Augenzeuge im Februar 2013 gegenüber Journalisten bestätigte: „Am 5. Dezember 2002 landete um 14.56 Uhr eine Maschine vom Typ Gulfstream D-IV mit der Kennung N63MU auf dem kleinen Flugplatz Szczytno-Szymiany im Nordosten Polens. Die sieben Passagiere – mutmaßlich sechs US-Agenten und ein Gefangener – stiegen in Geländewagen und brausten davon. Ihr Ziel lag

22 Kilometer nördlich, links neben der Landstraße 58 in einem Wald beim Dorf Stary Kiejkiuty: ein Schulungszentrum des polnischen Geheimdienstes. Es diente der CIA bis Ende 2003 als Gefängnis.“

Dass dort Verhöre unter Folter stattfanden, steht nach Auffassung des Europäischen Parlaments und des Europarats fest. Ebenso wie in Rumänien bei Contanza, im Camp Bondsteel im Kosovo und auf dem Reiterhof Antavilniai, dem sogenannten Projekt Nr. 2 in der Balten-Republik Litauen.

In der Mehrzahl der Fälle habe es an diesen Orten Verhöre und Folterungen gegeben, stellte die europäische Volksvertretung in ihrem Bericht vom 14. Februar 2007 fest. „Black Site“ hießen solche Haftmöglichkeiten außerhalb der Vereinigten Staaten im internen Jargon der CIA-Verwaltung. Von „folterähnlichen Behandlungen“ berichteten auch zahlreiche Augenzeugen, die der Schweizer Ermittler Dick Marty für einen Bericht des Europarats befragte.

Auch er fand zahllose Belege dafür, dass hinter den Gefängnismauern keineswegs humaner Strafvollzug praktiziert wurde. „Weiße Folter“ wurden Demütigungen genannt – etwa das Tragen von rosafarbener Unterwäsche, Verhöre durch eine Frau, wobei der männliche Gefangene nackt war. Zudem gab es sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Reizentzug über Tage hinweg. Dabei wurden Personen mit Overall, Atemmaske, Augenbinde und Hörschutz gefesselt. Auch Schlafentzug und allerlei Torturen mit Hitze oder Kälte sowie Scheinhinrichtungen gehörten zu den Folterpraktiken. „Mediziner dienten dabei als Beobachter und als Akteure zur Dosierung der Intensität der Misshandlungen“, bestätigte das Internationale Rote Kreuz in einem Bericht aus dem Jahr 2007. In diesem Papier werden die

### StN online

Den gesamten 525 Seiten umfassenden Folterbericht des US-Geheimdienstes CIA in englischer Sprache finden Sie im Internet unter [stn.de/cia](http://stn.de/cia)

### Geheimgefängnisse der USA

In diesen ausländischen Staaten führten die USA nach Angaben des UN-Menschenrechtsrats eigene geheime Gefängnisse:



Über die selbst betriebenen Gefängnisse hinaus nutzte der US-Geheimdienst CIA noch in weiteren Staaten örtliche Gefängnisse zur Unterbringung und Befragung Gefangener.

Vorgänge in Europa dargestellt. Insgesamt listeten diverse Organisationen von der Nato bis hin zur EU 1245 nicht gemeldete Überflüge von US-Maschinen auf, die offenbar Kurs auf von Amerikanern betriebene Gefängnisse und Folterstätten nahmen. Bei den Ermittlungen des Europarats stieß Marty auf „eine Mauer des Schweigens“, als er Regierungen in Europa befragen wollte, darunter die deutsche und die italienische. Recherchen ergaben allerdings schon damals nach Angaben eines EU-Experten „unverrückbare Hinweise“ auf eine Beteiligung staatlicher Behörden.

Dass Ermittler des Bundesnachrichtendienstes (BND) den verschleppten Deutschen Khalid al-Masri in der US-Haftan-

stalt Guantánamo verhört, ist weithin bekannt. Zusammen mit dem Bundeskriminalamt (BKA) sowie dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sei der BND „auf diversen Ebenen an dem System der Geheimgefängnisse beteiligt“ gewesen, ergaben Recherchen von Politikern und Journalisten, die jetzt wieder neue Aktualität erlangt haben.

„Die Wahrscheinlichkeit, dass mehrere europäische Länder Kenntnis von Verhören unter Folter hatten“, sei sehr hoch, bestätigte das Europäische Parlament bereits 2007. Wenn die Volksvertreter in der kommenden Woche nun den amerikanischen Bericht im Straßburger Plenum debattieren, könnte die eigene Beteiligung einmal mehr vergessen, wenn nicht gar geleugnet werden.

## Polen fühlt sich von den USA getäuscht

Ex-Präsident Kwasniewski: Von Folter haben wir nichts gewusst

VON GABRIELE LESSER  
AUS WARSCHAU

WARSAU. Ein CIA-Gefängnis in Stary Kiejkiuty, Polen, von Terrorverdächtigen in den Masuren, Millionen an US-Dollar für den Geheimdienst – von allem wollen die 2002 und 2003 in Polen regierenden Politiker keine Ahnung gehabt haben.

Seit Jahren verweisen der frühere Präsident Aleksander Kwasniewski wie auch Ex-Premier Leszek Miller vom Bündnis der demokratischen Linken auf das „Staatsgeheimnis“, das es ihnen verbiete, zum Thema Polen etwas Konkretes zu sagen. Als Nato-Mitglied sei Polen verpflichtet gewesen, den Amerikanern bei der Terrorbekämpfung zu helfen. Aber zu Details der Geheimdienstzusammenarbeit könnten sie nichts sagen, da sie darüber schlicht nichts wüssten.

Nach der Veröffentlichung des US-Senatsberichts über CIA-Verhörmethoden gab Kwasniewski nun erstmals zu, dass Polen dem Bündnispartner das erbetene „ruhmige und abgelegene Objekt“ in gutem Glauben überlassen habe, ohne zu ahnen, was dort

möglicherweise vor sich gehen könnte. Andererseits räumte er aber auch ein, dass die damalige Anfrage aus Washington nicht ganz blauäugig aufgenommen wurde: „Wir hatten Bedenken, aber nicht, dass die Amerikaner das Recht in diesem Maße brechen könnten“, sagte er.

In einer Pressekonferenz erklärten Miller und Kwasniewski erneut, von den Foltermethoden bei den amerikanischen Verhören in den Masuren nichts gewusst zu haben. Vielmehr seien die Politiker damals davon ausgegangen, dass die Gefangenen wie Kriegsgefangene und gemäß humanitären Prinzipien behandelt würden. „Wir sind betrogen worden“, so Kwasniewski. Er wies die Behauptung aus dem Senatsbericht zurück, dass die polnische Regierung für die Vergrößerung des Objekts in Stary Kiejkiuty 15 Millionen US-Dollar (12 Millionen Euro) erhalten habe. Polen habe allerdings seit der Wende 1990 Geld aus dem Ausland zum Aufbau eigener Geheimdienste erhalten.

Miller warf den Demokraten im US-Senat, die die Publikation des Berichts durchgesetzt hatten, Scheinheiligkeit vor: „Unter

der Präsidentschaft von Barack Obama werden Gefangene nicht mehr gefoltert, sondern Terrorverdächtige mit Hilfe von Drohnen massenhaft getötet.“

Präsident Bronislaw Komorowski sagte, es sei ein „ernstes Problem“, wenn Politiker jetzt behaupteten, von allem nichts gewusst zu haben. Er hofft, dass die in dieser Sache seit 2008 geführten Ermittlungen der polnischen Staatsanwaltschaft durch den US-Bericht neuen Auftrieb erhalten.

Die linksliberale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ findet, dass man Polen und seinen Politikern moralisch nichts vorwerfen könne. Zwar müsse das Land nun die politischen Konsequenzen für die Duldung des CIA-Gefängnisses auf seinem Territorium tragen, doch habe der Bericht zur CIA gezeigt, dass diese „unseren guten Glauben“ nur ausgenutzt hätten.

### Hintergrund

#### Folterpraktiken der CIA

Die schlimmsten Qualen, die Terrorverdächtige laut einem Bericht des US-Senats bei CIA-Verhören ertragen mussten:

- Schlafentzug bis zu 180 Stunden. Die Hände der Opfer wurden dabei teilweise über dem Kopf festgebunden. Die Gefangenen wurden mit kaltem Wasser übergossen, um sie am Einschlafen zu hindern.
- „Waterboarding“, das simulierte Ertrinken.
- Scheinhinrichtungen, „russisches Roulette“. Gefangenen wurde gesagt, sie kämen niemals lebend aus der Haft.
- Reaktile Ernährung oder reaktile Rehydratation von Hungerstreikenden ohne medizinische Notwendigkeit.
- Zwangsbäder in Eiswasser und Torturen mit Hitze.
- Drohungen, dass Familienmitglieder getötet würden.
- „Wallung“. Dabei wurden Gefangene mit Wucht gegen Wände geschleudert.
- Schläge in den Unterleib.
- Isolation in dunklen Räumen mit lauter Musik. (dpa)